

PROGRESSOMASCHINE

DIE KRIMINALISIERUNG

DER ZIVILEN

SEENOTRETTUNG AUF

DEM MITTELMEER

SOLL BEENDET

WERDEN.

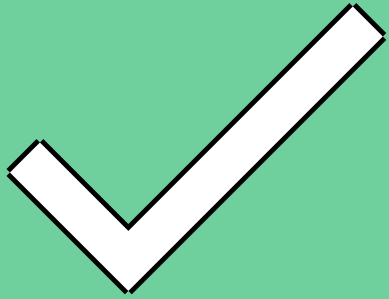
POSITION DER CDU / CSU



* "Die Rettung Schiffbrüchiger ist völkerrechtliche und humanitäre Verpflichtung. Sie darf nicht grundsätzlich kriminalisiert werden. Sie soll jedoch umgekehrt auch keine Fehlanreize für gewerbsmäßige Schleuserbanden bieten, die aus Profitgründen bewusst Menschenleben auf Spiel setzen."

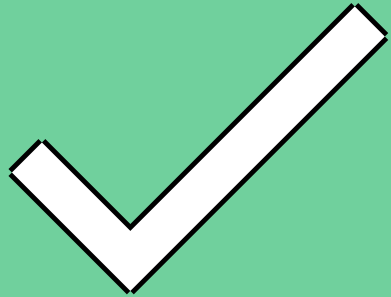
* Die Partei hat mit "neutral" geantwortet - dies war als Antwort nicht zulässig. Wir konnten auf keine vollumfängliche Zustimmung schließen.

POSITION DER SPD



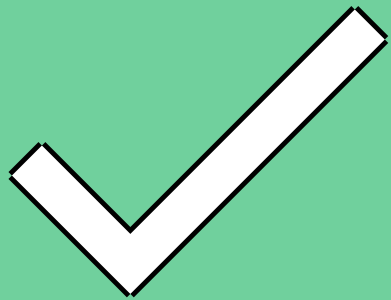
"Seenotrettung ist eine Verpflichtung aus dem internationalen Seerecht und darf nicht kriminalisiert werden, sondern sollte auch staatlich durch die EU gewährleistet werden. Für die Aufnahme von Geretteten werden wir eine Brücke zu lokalen Akteuren bauen und die Aufnahmebereitschaft von europäischen Kommunen fördern und unterstützen. Dies soll durch Bundeskontingente möglich gemacht und damit auch die Bereitschaft vieler Kommunen im Rahmen der Initiative „Sichere Häfen“ aufgegriffen werden."

POSITION DER GRÜNEN



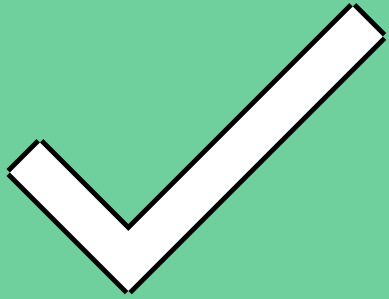
"Wir stehen fest an der Seite zivilgesellschaftlicher Rettungsinitiativen und treten dafür ein, dass die Kriminalisierung und behördliche Behinderung ihrer Arbeit beendet wird. So wollen wir GRÜNE die Registrierung von Schiffen der Menschenrechtsbeobachtungs- und Seenotrettungsorganisationen rechtssicher und einfacher gestalten."

POSITION DER LINKEN



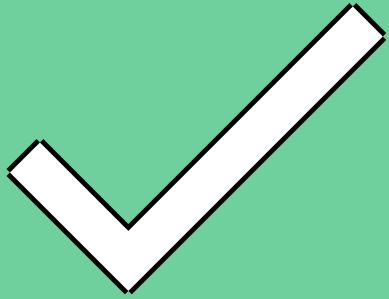
"[H]ierfür setzt sich DIE LINKE. seit langem ein (z.B.: Bundestagsdrucksache 19/4616). Das Massensterben an den Außengrenzen der EU ist unerträglich. Es ist eine Schande, dass sich die EU aus der Seenotrettung komplett zurückgezogen hat und Schutzsuchende einfach ihrem Schicksal überlässt: Tod auf dem Mittelmeer oder Folter, Vergewaltigung und Tod in Libyen. Die zivile Seenotrettung steht deshalb für die viel proklamierten 'Werte der EU', die Abschottungspolitik der EU gehört auf die Anklagebank, nicht umgekehrt!"

POSITION DER FREIEN WÄHLER



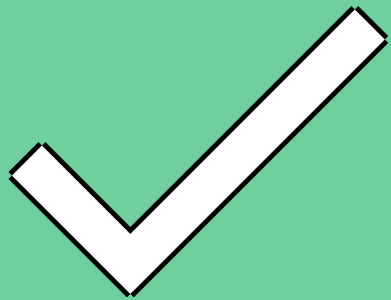
"Europa darf es nicht länger
geschehen lassen, dass
jedes Jahr tausende
Menschen im Mittelmeer
ertrinken. Wir sprechen uns
daher gegen eine
Kriminalisierung der aktuell
tätigen zivilen Helfer*innen
aus."

POSITION DER TIERSCHUTZPARTEI



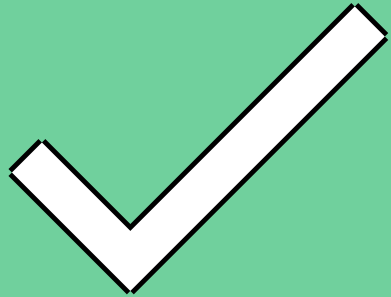
"Leben retten ist kein Verbrechen. Es ist eine Heldentat. Dass darüber überhaupt diskutiert werden muss, ist ein Armutszeugnis für die politische Führung."

POSITION DER PIRATEN



"Statt die Abriegelung Europas weiter voranzutreiben, muss die EU Maßnahmen zur sicheren Grenzüberquerung von flüchtenden Menschen treffen, um diesen die Möglichkeit zu geben, einen Antrag auf Asyl zu stellen. Rettungsaktionen sollen staatlich organisiert werden. Sie durchzuführen ist nicht die Aufgabe der Zivilgesellschaft. Wo dies geschieht, dürfen Rettende für ihre Zivilcourage weder behindert noch kriminalisiert werden. Seenotrettung ist kein Verbrechen!"

POSITION VON VOLT

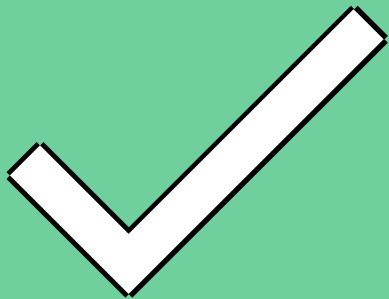


"Der Schutz von Menschen vor dem Ertrinken bei der Flucht sowie ihr Recht auf Stellen eines Asylantrags stehen für Volt außer Frage. Zivile Seenotrettung darf nicht weiter kriminalisiert werden. Im Sinne der europäischen Solidarität wollen wir weiterhin gerettete Geflüchtete aufnehmen."

ANDERE POSITIONEN

Die Urbane:

"Ja, die Kriminalisierung Menschen vor dem Ertrinken zu retten soll beendet werde."



ÖDP*

FDP **



Partei für Gesundheitsforschung***

* Die Partei hat keine Begründung für ihre Antwort gegeben.

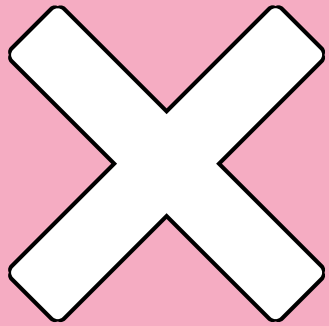
** Die Partei hat sich zurückgemeldet, aber keine Antwort auf diese Frage gegeben. Wir haben die Position daher im Wahlprogramm recherchiert.

*** Die Partei ist monothematisch ausgerichtet.

PROGRESSOMASCHINE

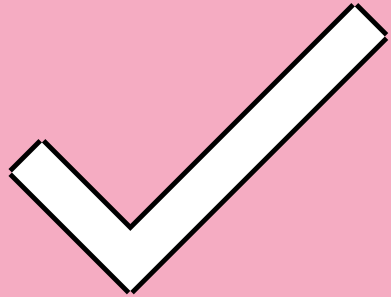
DIE GEFÄHRDUNG DER
EXISTENZGRUNDLAGE
DURCH DEN
KLIMAWANDEL SOLL
ALS FLUCHTGRUND
ANERKANNT WERDEN.

POSITION DER CDU/CSU



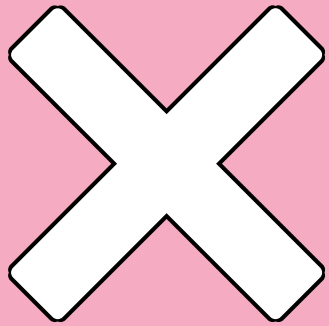
"[...] Menschen in Drittstaaten, die allein aufgrund der negativen Folgen des Klimawandels ihre Heimat verlassen, sind nach Vertragsvölkerrecht keine Flüchtlinge im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention. CDU und CSU wollen keine neue Regelung schaffen, die Pull-Effekte für Migrationsbewegungen nach Europa auslösen könnten. Unser Ziel ist es vielmehr, Fluchtursachen zu bekämpfen und die Länder in betroffenen Weltregionen dabei zu unterstützen, Flüchtlingen nahe ihrer angestammten Heimat Lebensperspektiven zu eröffnen."

POSITION DER SPD



"Angesichts der enormen Auswirkungen, die die Klimaerwärmung schon jetzt auf viele Menschen nicht nur im globalen Süden hat, wollen wir, dass international neue Fluchtgründe jenseits von Verfolgung im Herkunftsland etabliert werden, und zwar Umwelt- und Klimaveränderungen sowie Auswirkungen der internationalen Handelspolitik."

POSITION DER GRÜNEN

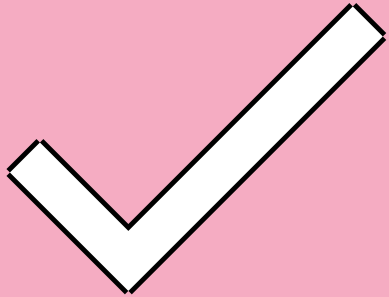


*

"Wir brauchen verbindliche Mechanismen zum Schutz von Menschen, die infolge der Klimakrise ihre Lebensgrundlagen verlieren und flüchten. Insbesondere regionale Ansätze, die den Betroffenen eine selbstbestimmte und würdevolle Migration ermöglichen und ihnen Aufenthaltsperspektiven schaffen, wollen wir fördern. Zugleich wollen wir GRÜNE Heimat- und Aufnahmeländer klimabedingter Migration unterstützen. Die „Task Force on Displacement“ der Klimarahmenkonvention UNFCCC wollen wir strukturell stärken."

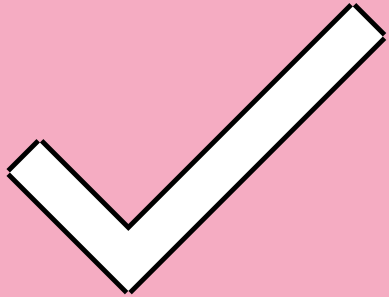
* Die Partei hat mit "neutral" geantwortet - dies war als Antwort nicht zulässig. Wir konnten auf keine vollumfängliche Zustimmung schließen.

POSITION DER LINKEN



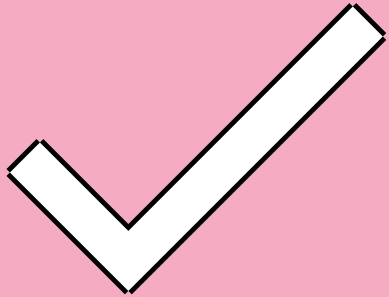
"Auswirkungen des Klimawandels können für Betroffene nicht weniger existenziell bedrohlich sein als etwa Folgen eines Krieges. Um der historischen Verantwortung westlicher Staaten als Hauptverursacher klimaschädigender Treibhausgase gerecht zu werden, wollen wir, dass die EU Menschen aus Ländern, die durch die Klimakrise unbewohnbar werden, „Klimapässe“ anbietet. Dies soll zusätzlich zum individuellen Recht auf Asyl gelten."

POSITION DER FREIEN WÄHLER



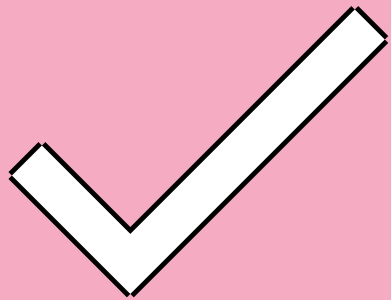
"Herausforderungen und Fluchtursachen wie Klimawandel erfordern auch bei uns ein Umdenken und ein entschlossenes Handeln. Unser Verhalten hat Einfluss auf die Entwicklungen und Geschehnisse hier vor Ort und in anderen Teilen der Welt. Das Bundesentwicklungsministerium fördert deshalb gemeinsam mit den Bundesländern sogenannte Eine-Welt-Promotor*innen. Diese beraten öffentliche Stellen und setzen sich für eine global nachhaltige Entwicklung ein. Wir wollen dieses Programm weiter ausbauen."

POSITION DER TIERSCHUTZPARTEI



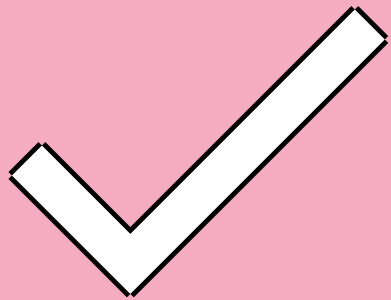
"Legitimer Fluchtgrund ist alles, was das Leben im eigenen Land gefährdet – der Klimawandel, der in Form der erhöhten Meeresspiegel Städte und Inseln zu verschlingen droht, gehört mittlerweile auf jeden Fall dazu. Insbesondere da wir als Industrienationen daran schuld sind, müssen wir auch die Konsequenzen mittragen. Gleichzeitig muss wie immer der Ursachenbekämpfung in den Herkunftsregionen größte Bedeutung beigemessen werden – in diesem Fall also dem weltweiten Klimaschutz!"

POSITION DER PIRATEN



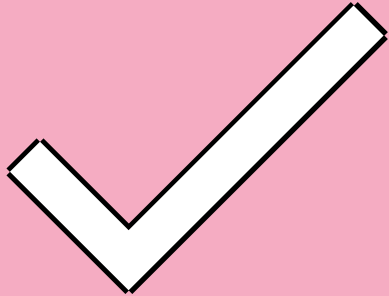
"Wir PIRATEN fordern die Wiederherstellung des ursprünglichen Art. 16a Abs. 1 GG. Menschen, die vor Rassismus, Diskriminierung, der Verfolgung aufgrund ihrer sexuellen oder geschlechtlichen Identität, vor Klima- und Umweltkatastrophen, aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu einer ethnischen oder religiösen Gruppe oder wegen Existenzbedrohung durch Armut und Hunger geflohen sind, hier ebenfalls als asylberechtigt anerkannt werden. Eine abgestufte Gültigkeit von Fluchtgründen lehnen wir ab."

POSITION VON VOLT



"Wir wollen den rechtlichen Rahmen für klimabedingte Migration durch einen Klimapass gestalten. Durch einen Klimapass kann Klimaflüchtenden ein Schutzstatus in Europa unbürokratisch und ohne finanzielle Hürden gewährt werden."

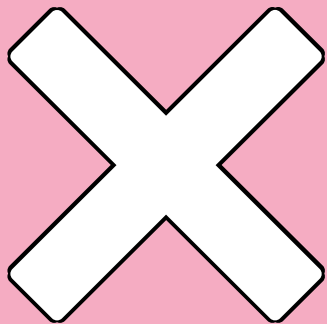
ANDERE POSITIONEN



Die Urbane:

"Dann bringen uns Empathie, Solidarität und die Notwendigkeit Menschenrechte zu leben."

ÖDP*



FDP **



Partei für Gesundheitsforschung***

* Die Partei hat keine Begründung für ihre Antwort gegeben.

** Die Partei hat sich zurückgemeldet, aber keine Antwort auf diese Frage gegeben. Wir haben die Position daher im Wahlprogramm recherchiert.

*** Die Partei ist monothematisch ausgerichtet.

PROGRESSOMASCHINE

DEUTSCHLAND SOLL

SICH AN EINER

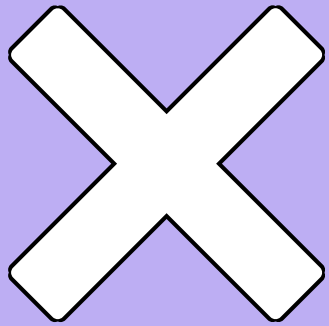
STAATLICH

ORGANISIERTEN

SEENOTRETTUNG

BETEILIGEN.

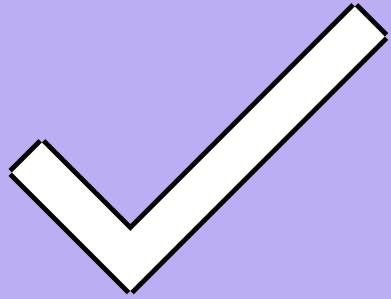
POSITION DER CDU/CSU



* "Die Rettung Schiffbrüchiger im Mittelmeer bleibt eine Herausforderung, vor allem für die Anliegerstaaten des Mittelmeeres. Seenotrettung in der jeweiligen Seenotrettungszone eines Landes ist eine Verpflichtung nach internationalem Recht. Menschen in Seenot zu retten, ist eine hoheitliche Aufgabe und liegt in erster Linie in der Zuständigkeit des Anrainerstaates. Es ist jedoch eine europäische Aufgabe, gefährliche Überfahrten von Migrantinnen und Migranten zu verhindern und den dahinterstehenden Schleuserbanden das Handwerk zu legen. Zugleich müssen Anreize gesetzt werden, damit die Menschen gar nicht erst aus ihrem Heimatland fliehen. Hierzu müssen die Zusammenarbeit mit Herkunfts- und Transitstaaten sowie die Ausbildung der Küstenwache nordafrikanischer Mittelmeerländer verstärkt werden."

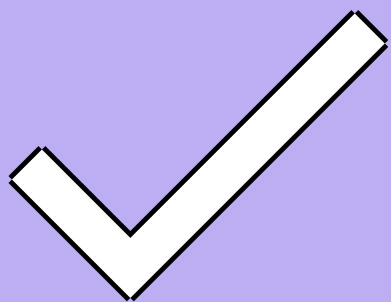
* Die Partei hat mit "neutral" geantwortet - dies war als Antwort nicht zulässig. Wir konnten auf keine vollumfängliche Zustimmung schließen.

POSITION DER SPD



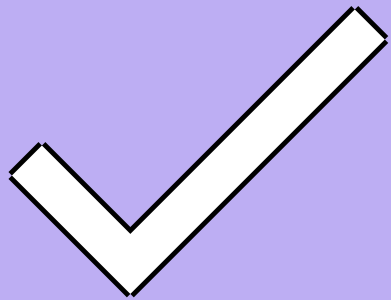
"Wir wollen ein Seenotrettungsprogramm der EU nach Maßgabe der italienischen Operation „Mare Nostrum“, um das Sterben der flüchtenden Menschen im Mittelmeer zu beenden. Dabei werden auch Regeln für die Aufnahme der geretteten Menschen durch die EU-Staaten getroffen. Bis zu einer solchen Lösung unterstützen wir verbindliche Ausschiffungsregeln und einen sofortigen Hilfs- und Verteilungsmechanismus, der unwürdige Hängepartien bei jeder Rettungsaktion verhindert und Verlässlichkeit schafft."

POSITION DER GRÜNEN



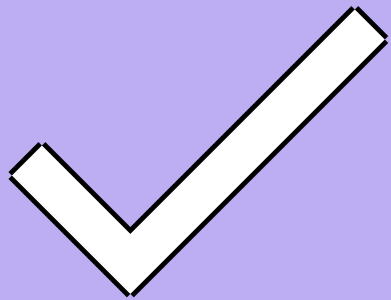
"Wir GRÜNE streiten weiter für eine zivile und flächendeckende, europäisch koordinierte und finanzierte Seenotrettung. Wir wollen wir mit jenen Staaten vorangehen, die die Seenotrettung als völkerrechtliche Pflicht ernst nehmen, und einen eigenen Beitrag leisten: Gerettete müssen zum nächsten sicheren Hafen gebracht werden, um dann nach einem Verteilmechanismus unverzüglich auf aufnahmebereite Mitgliedstaaten, Regionen oder Städte aufgeteilt zu werden."

POSITION DER LINKEN



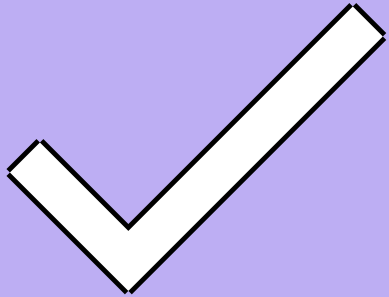
"Ja, eine zivile Seenotrettung sollte in gemeinsamer Verantwortung der EU organisiert werden. Als größter Mitgliedstaat muss sich daran natürlich auch Deutschland beteiligen. Bis dahin müssen Deutschland und andere EU-Mitgliedstaaten unkompliziert und schnell aus Seenot gerettete Flüchtlinge übernehmen, um etwa die Erstaufnahmeländer Italien und Malta zu entlasten."

POSITION DER FREIEN WÄHLER



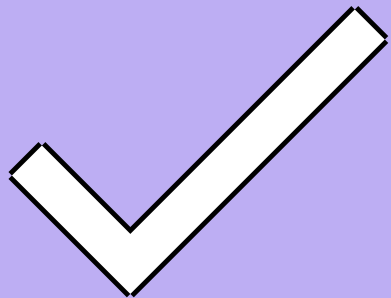
"Die Seenotrettung auf dem Mittelmeer muss künftig grundsätzlich wieder von den EU-Mitgliedsländern wahrgenommen werden, wie es der Palermo-Appell verlangt."

POSITION DER TIERSCHUTZPARTEI



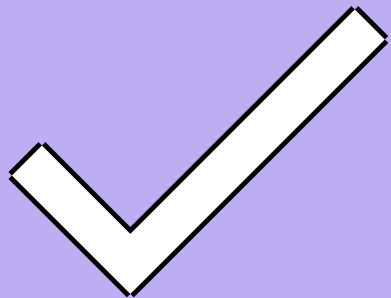
"Wir können doch nicht all jene, die sich bereits auf den Weg gemacht haben, im Mittelmeer ertrinken lassen! Menschen, die aus Elend, Leid und Krieg entkommen wollen und so verzweifelt sind, dass sie sich dafür in Lebensgefahr begeben, muss unbedingt geholfen werden. Das ist Aufgabe aller europäischer Staaten."

POSITION DER PIRATEN



"Im Minimum muss zur Sicherstellung einer größeren Wahrscheinlichkeit zur Erreichung Europas eine, allerdings europäisch finanzierte, Seenotrettungsorganisation nach Aufbau der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger geschaffen werden. Die Kriminalisierung bis dahin aktiver privater Organisationen verurteilen wir als beabsichtigte Abschreckung gegenüber Hilfeleistenden Menschen."

POSITION VON VOLT

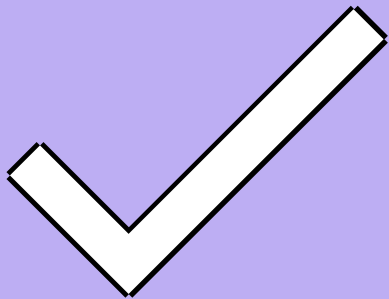


"Wir wollen erreichen, dass niemand während der Flucht nach Europa sterben muss. Seenotrettung muss entkriminalisiert werden und juristischen Schutz erfahren. Volt setzt sich dafür ein, dass Schiffe der Seenotrettung nicht am Auslaufen gehindert werden dürfen. Außerdem möchte Volt eine europäische Seenotrettungsorganisation schaffen, die nicht für den Grenzschutz zuständig ist und keine militärischen Ziele verfolgt. Illegale Push-Backs müssen gestoppt und rechtlich bestraft werden."

ANDERE POSITIONEN

Die Urbane:

"Ja, dass ist das was ein Industrieland den Geflüchteten schuldet."



ÖDP*

FDP **



Partei für Gesundheitsforschung***

* Die Partei hat keine Begründung für ihre Antwort gegeben.

** Die Partei hat sich zurückgemeldet, aber keine Antwort auf diese Frage gegeben. Wir haben die Position daher im Wahlprogramm recherchiert.

*** Die Partei ist monothematisch ausgerichtet.

PROGRESSOMASCHINE

DEUTSCHLAND SOLL
SICH DAFÜR EINSETZEN,
DASS ALLE LAGER AN
DEN EU-AUßENGRENZEN
SOFORT EVAKUIERT
WERDEN.

POSITION DER CDU / CSU



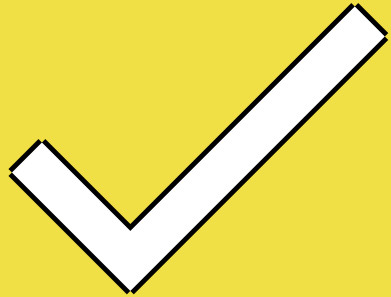
"Die Situation in einzelnen Lagern an der EU-Außengrenze ist aufgrund von Überfüllung teilweise dramatisch und muss sehr schnell verbessert werden. Deshalb braucht es mehr Lager, in denen die Menschen unter besseren Bedingungen Zuflucht finden. Wir sprechen uns für die Einrichtung von europäisch verwalteten Entscheidungszentren an den EU-Außengrenzen aus, in denen geprüft werden soll, ob ein Asylanspruch vorliegt oder nicht. Perspektivisch kann sich daraus eine europäische Behörde entwickeln, die auch die Mitgliedstaaten unterstützt und Koordinationsaufgaben übernimmt."

POSITION DER SPD



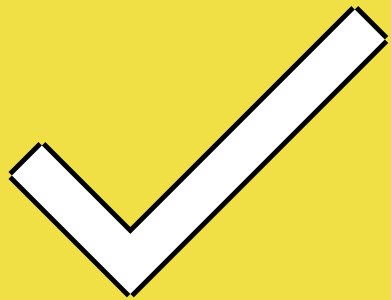
"Wir wollen ein solidarisches und arbeits-
teiliges Gemeinsames Europäisches
Asylsystem, das den europäischen und
internationalen humanitären Standards
gerecht wird. Wichtig dabei ist, dass die
Mitgliedstaaten an den Außengrenzen der
EU nicht mit der Lage alleingelassen und
überfordert werden. Deshalb wollen wir
einen solidarischen Verteilmechanismus
schaffen. Bis dieser funktioniert sollen
Staaten, die besonders viele Geflüchtete
aufnehmen, durch ein Relocation-
Programm unterstützt werden."

POSITION DER GRÜNEN



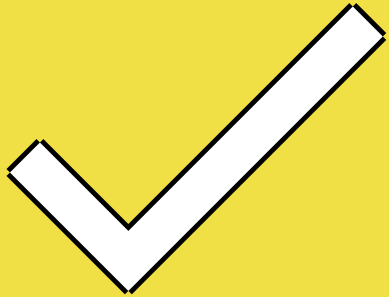
"Wir GRÜNE wollen mit handlungswilligen Ländern und Regionen vorangehen, um die derzeitige katastrophale Situation an den Außengrenzen zu beenden, dazu gehört auch die Aufnahme von Schutzsuchenden. Menschenunwürdige Lager und geschlossene Einrichtungen, Transitzonen oder europäische Außenlager in Drittstaaten lehnen wir ab."

POSITION DER LINKEN



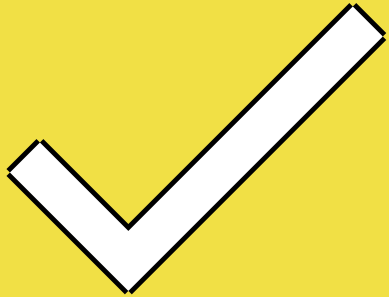
"Ja, hierfür hat sich DIE LINKE. mehrfach ausgesprochen, auch in einem Antrag im Bundestag mit genau dieser Forderung (Bundestagsdrucksache 19/22264). Wir sind grundsätzlich gegen das Konzept von Asylprüfungen an den EU-Außengrenzen, weil dies zwangsläufig mit der Inhaftierung von Schutzsuchenden verbunden sein wird. In solchen Grenz-Lagern sind keine fairen Asylprüfungen und kein effektiver Rechtsschutz möglich, die Rechte besonders schutzbedürftiger Flüchtlinge würden systematisch verletzt."

POSITION DER TIERSCHUTZPARTEI



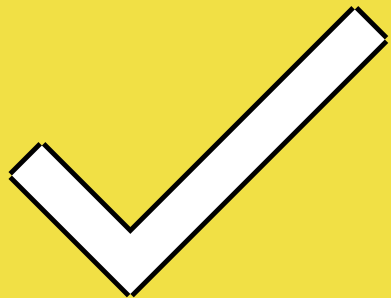
"Auch wenn die Idee, Asylverfahren an den EU-Grenzen zu bearbeiten und nur jene, die ein Bleiberecht erhalten, nach Europa hineinzulassen, theoretisch sinnvoll erscheint, entwickelt sich das Prozedere faktisch zu einem Desaster. Wer die Bilder aus Lesbos und Co. gesehen hat, muss geradezu für die Evakuierung sein. Grundlegende humanitäre Standards sind nicht mehr gewährleistet und das kann sich auch kaum ändern, wenn man tausende Menschen in Lager steckt und kein Staat sich verantwortlich fühlt."

POSITION DER PIRATEN



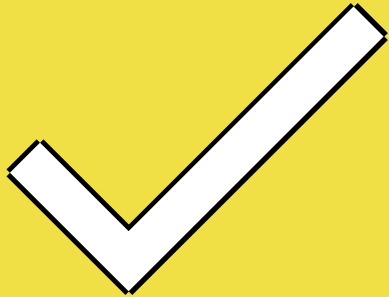
"An den EU-Außengrenzen wird seit Jahren eine zunehmende Abriegelung angestrebt und umgesetzt, die Flüchtenden den Zugang nach Europa immer stärker versperrt. Durch nationale Polizeibehörden, das Militär und private Sicherheitsunternehmen sowie die EU-Agentur für Grenzschutz werden Menschen am Betreten der EU gehindert und damit der Chance beraubt, durch einen Asylantrag Schutz in Europa zu finden. Dabei wird eine Gefährdung von Gesundheit und Leben der Flüchtenden billigend in Kauf genommen."

POSITION VON VOLT



"Große Sammellager, in denen Menschen langfristig untergebracht werden, sollen abgeschafft werden. Stattdessen soll es eine dezentrale Unterbringung geben. Überfüllte Lager an den Außengrenzen können entlastet werden, indem Kommunen das Recht erhalten, Geflüchtete aufzunehmen, ohne dass der Bund zustimmen muss. Langfristig kann es aus unserer Sicht nur ein solidarisches EU-Aufnahmesystem sicherstellen, dass in allen EU-Ländern faire und schnelle Asylverfahren durchgeführt werden."

ANDERE POSITIONEN



ÖDP*

Die Urbane*



Freie Wähler*

FDP **



Partei für Gesundheitsforschung***

* Die Partei hat keine Begründung für ihre Antwort gegeben.

** Die Partei hat sich zurückgemeldet, aber keine Antwort auf diese Frage gegeben. Wir haben die Position daher im Wahlprogramm recherchiert.

*** Die Partei ist monothematisch ausgerichtet.

PROGRESSOMASCHINE

DEUTSCHLAND SOLL DIE
LEGISLATIVE GRUNDLAGEN
ZUR SELBSTBESTIMMTEN
AUFNAHME VON
GEFLÜCHTETEN DURCH
KOMMUNEN UND LÄNDER
SCHAFFEN.

POSITION DER CDU / CSU



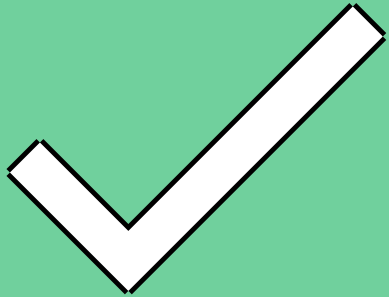
"[...] Lösungen [...] kann es daher nur im europäischen Kontext geben. [...] Landesaufnahme-programme würden im Widerspruch zu den Zielen der Dublin-III-Verordnung und der erforderlichen gemeinsamen europäischen Lösungen stehen. Zur Wahrung der Bundeseinheitlichkeit muss der Bund weiterhin der zentrale Akteur einer koordinierten und abgestimmten Asylpolitik sein – auch in der Vertretung nationaler Interessen auf europäischer Ebene. Eine eigenständige oder parallele Asylpolitik einzelner Bundesländer indes wäre hierfür nicht hilfreich, würde die Asylpolitik Deutschlands zersplittert erscheinen lassen und womöglich falsche Anreize setzen."

POSITION DER SPD



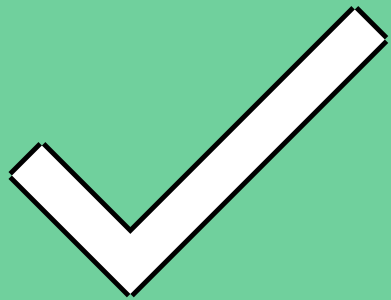
"Zwar soll es zur Wahrung der Einheitlichkeit und Solidarität der 16 Bundesländer grds. bei der Aufnahmeverteilung von Schutzsuchenden in Deutschland nach Königsteiner Schlüssel bleiben. Gleichwohl wollen wir eine Brücke bauen zu lokalen Akteuren und die Aufnahmebereitschaft von europäischen Kommunen und Städten fördern und unterstützen. Dies soll durch Bundeskontingente möglich gemacht und damit auch die Bereitschaft vieler Kommunen im Rahmen der Initiative 'Sichere Häfen' aufgegriffen werden."

POSITION DER GRÜNEN



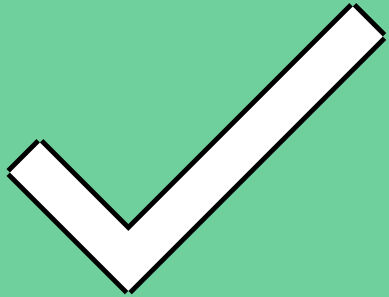
"Länder und Kommunen sollen mehr Mitsprache- und Gestaltungsmöglichkeiten erhalten, wenn es um die humanitäre Aufnahme Geflüchteter geht. Mit einer Änderung der Zustimmungsregel zwischen dem Bundesinnenministerium und den Ländern von Einvernehmen in Benehmen wollen wir GRÜNE klarstellen, dass sich Bundesländer künftig über den Königsteiner Schlüssel hinaus selbständig für die Aufnahme von Geflüchteten entscheiden können. Der Bund soll weiter die finanziellen und infrastrukturellen Aufgaben erfüllen."

POSITION DER LINKEN



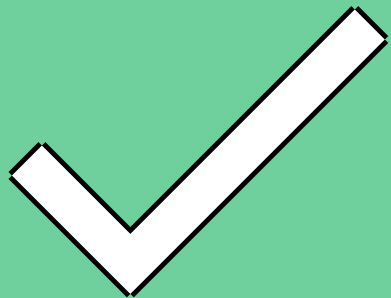
"DIE LINKE. hat bereits Anfang 2019 einen Antrag mit dieser Forderung in den Bundestag eingebracht (Bundestagsdrucksache 19/8648), Städte und Kommunen sollten dabei mit EU-Fördermitteln unterstützt werden. Darüber hinaus fordern wir in unserem Wahlprogramm, dass es Härtefallgremien auf kommunaler Ebene geben soll. So könnten Menschen aus der Nachbarschaft, dem Betrieb, der Schule und dem Sportverein entscheiden, dass Geflüchtete nicht aus ihrer Mitte heraus abgeschoben werden sollen."

POSITION DER TIERSCHUTZPARTEI



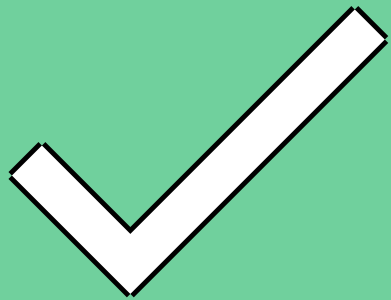
"Viele Länder und Kommunen können und wollen mehr Geflüchtete aufnehmen, als ihnen zugeteilt werden. Sie kennen die Lage bei sich vor Ort am besten und sollten diese Entscheidung daher selbstbestimmt treffen können."

POSITION DER PIRATEN



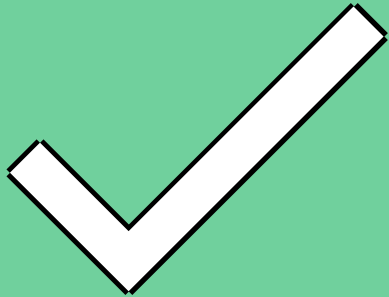
"In vielen Kommunen sind unsere Mandatsträger:innen daran beteiligt, diese zum "Sicheren Hafen" ausrufen zu lassen. Regelmäßig scheitert die Umsetzung an der Verweigerungshaltung des Bundesinnenministeriums. Dass ein legislativer Vorstoß im Bundesrat von der Mehrheit der Länder abgelehnt wurde, zeigt aber auch, dass dort nur selten die Bereitschaft besteht, Geflüchtete aufzunehmen."

POSITION VON VOLT



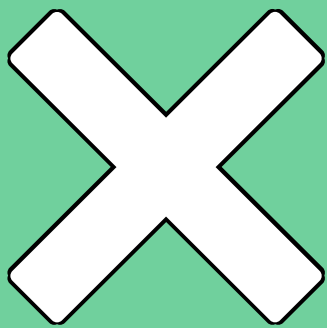
"Volt befürwortet die Schaffung von legislativen Grundlagen zur selbstbestimmten Aufnahme von geflüchteten Menschen. Überfüllte Lager an den Außen- grenzen können entlastet werden, indem Kommunen das Recht erhalten, Geflüchtete aufzunehmen, ohne dass der Bund zustimmen muss."

ANDERE POSITIONEN



ÖDP*

Die Urbane*



Freie Wähler*

FDP **



Partei für Gesundheitsforschung***

* Die Partei hat keine Begründung für ihre Antwort gegeben.

** Die Partei hat sich zurückgemeldet, aber keine Antwort auf diese Frage gegeben. Wir haben die Position daher im Wahlprogramm recherchiert.

*** Die Partei ist monothematisch ausgerichtet.

PROGRESSOMASCHINE

DEUTSCHLAND SOLL SICH
DAFÜR EINSETZEN, DASS
SICHERE UND LEGALE
FLUCHTWEGE FÜR
MENSCHEN GESCHAFFEN
WERDEN, DENEN IN
DEUTSCHLAND SCHUTZ
ZUSTEHT.

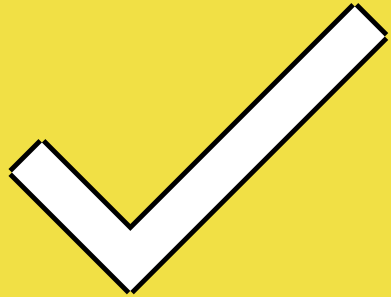
POSITION DER CDU / CSU



* "Unser Aufenthaltsgesetz sieht eine Vielzahl legaler Zuwanderungswege vor, um in Deutschland zu arbeiten oder zu studieren, aber auch zum Familiennachzug oder aus humanitären Gründen. Uns geht es darum, Migration nach Deutschland mit diesen legalen Wegen auch in der Praxis stärker zu steuern. Im humanitären Bereich hat für CDU und CSU zunächst Vorrang, Menschen in Not vor Ort zu helfen, durch die Bekämpfung von Fluchtursachen und die Schaffung von Perspektiven in unmittelbarer Nähe ihrer Heimat. Im Übrigen ist es unser Ziel, ungesteuerte Zuwanderung weiter zu verringern, denn das Aufenthaltsgesetz sieht bereits Möglichkeiten der legalen humanitären Aufnahme aus dem Ausland vor. [...] Wir werden die menschenverachtenden Aktivitäten der Schleuser energisch bekämpfen und darauf hinwirken, dass sich Migranten nicht auf die gefährliche Überfahrt nach Europa machen. Gleichzeitig wollen wir helfen, gemeinsam mit internationalen Organisationen die Lebensbedingungen in den Herkunfts- und Transitstaaten der Migranten zu verbessern. "

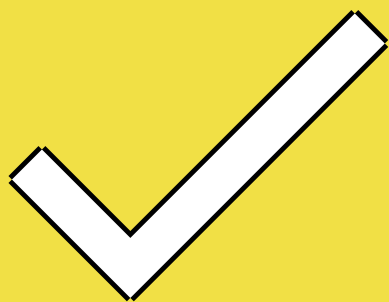
* Die Partei hat mit "neutral" geantwortet - dies war als Antwort nicht zulässig. Wir konnten auf keine vollumfängliche Zustimmung schließen.

POSITION DER SPD



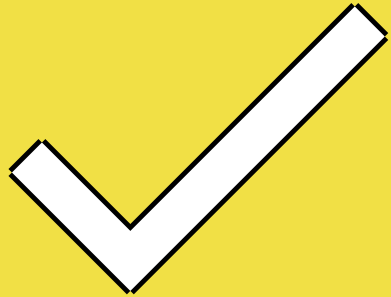
"Ja, wir wollen ein Konzept für humanitäre Visa. Für Schutzsuchende wird der Weg nach Europa oft zum Grab. Wir wollen, dass das Europäische Unterstützungsbüro für Asylfragen (EASO) ein Konzept für gemeinsame europäische humanitäre Visa vorlegt im Rahmen einer vorbehaltlich legalen Zuwanderung. Wer illegale Migration eindämmen will, muss legale Einwanderungsmöglichkeiten schaffen."

POSITION DER GRÜNEN



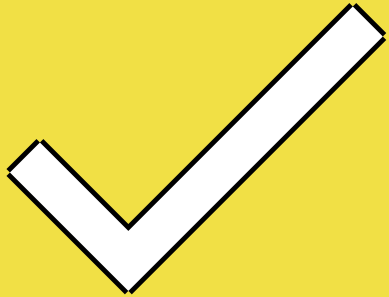
"Wir wollen sichere und legale Zugangswege schaffen – damit Menschen Schutz finden und um zu verhindern, dass Schlepper aus der Not der Geflüchteten Profit schlagen. Wir GRÜNE treten dafür ein, die Einschränkungen beim Familiennachzug wieder aufzuheben. Auch Menschen mit subsidiärem Schutzstatus müssen ihre Angehörigen ohne die bisherigen Einschränkungen nachholen können und mit Geflüchteten gemäß der Genfer Konvention gleichgestellt werden. Wir wollen den Geschwisternachzug wieder ermöglichen."

POSITION DER LINKEN



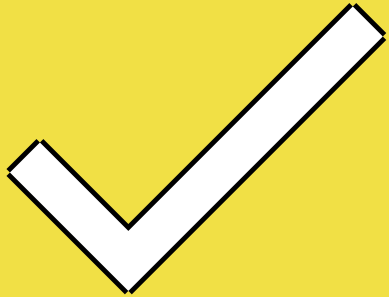
"Wir fordern sichere und legale Einreisewege für Geflüchtete, etwa durch humanitäre Visa, visumsfreie Einreisemöglichkeiten für Schutzsuchende und eine Ausweitung von Aufnahmeprogrammen (Resettlement). Wir lehnen die EU-Strategie der Verlagerung der Grenzabwehr strikt ab, mit der Menschen bereits in Drittstaaten an einer Fortführung ihrer Flucht gehindert werden sollen (EU-Türkei-Deal, pull-backs nach Libyen)."

POSITION DER FREIEN WÄHLER



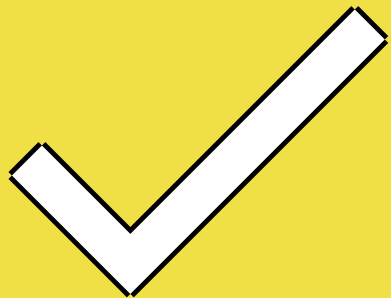
"Wir wollen legale Wege der Einreise für schutzbedürftige Menschen schaffen. Asylanträge müssen schon vor einer Überfahrt nach Europa gestellt und geprüft werden können. Dadurch entziehen wir dem menschenverachtenden Geschäftsmodell der Schlepperbanden den Boden."

POSITION DER TIERSCHUTZPARTEI



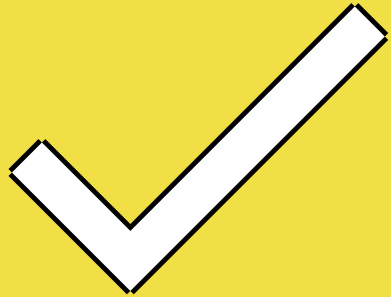
"Legale und sichere Fluchtwege zu blockieren, in der Hoffnung, dann kämen möglichst wenige Geflüchtete, ist schlichtweg grausam. Das Recht auf Asyl ist ein fundamentales Menschen- und Grundrecht, das allen, die aus welchen Gründen auch immer im eigenen Land gefährdet sind, zusteht. Sie müssen daher auch bei uns Schutz suchen dürfen, ohne dabei Gefahr zu laufen, im Mittelmeer zu ertrinken."

POSITION DER PIRATEN



"Die EU muss Maßnahmen zur sicheren Grenzüberquerung von flüchtenden Menschen treffen, um diesen die Möglichkeit zu geben, einen Antrag auf Asyl zu stellen. Hierzu gehört auch, die formelle Beantragung von Asyl bei den Botschaften und Generalkonsulaten Deutschlands zu ermöglichen. Botschaften anderer Staaten, die sich um die Vertretung Deutschlands in einzelnen Staaten kümmern, sind hier mit einzubeziehen. Bei Annahme des Asylantrages sorgt Deutschland für den Transfer auf sein Hoheitsgebiet."

POSITION VON VOLT



"Wir wollen uns dafür einsetzen, dass mehr Menschen durch sichere und legale Fluchtwege nach Deutschland und Europa kommen. Menschen sollten nicht auf der Flucht sterben müssen. Eine Möglichkeit sichere Fluchtwege zu schaffen, ist das Resettlementverfahren. Diese wollen wir deutlich stärker nutzen. Als jährlicher Zielwert sollen 20.000 Personen aufgenommen werden, mit dem Fokus auf Familien mit kleinen Kindern."

ANDERE POSITIONEN

Die Urbane:

"Die Grenzen lassen Geflüchtete nicht sicher flüchten. Wegen unseres Lebensstils. Das muss sich sofort ändern."

ÖDP*

FDP **

Partei für Gesundheitsforschung***

* Die Partei hat keine Begründung für ihre Antwort gegeben.

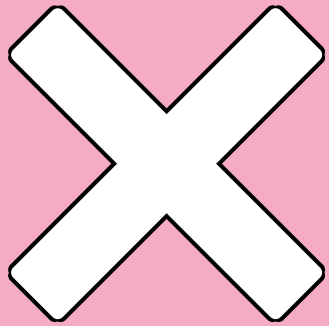
** Die Partei hat sich zurückgemeldet, aber keine Antwort auf diese Frage gegeben. Wir haben die Position daher im Wahlprogramm recherchiert.

*** Die Partei ist monothematisch ausgerichtet.

PROGRESSOMASCHINE

DEUTSCHLAND SOLL AUF EU-
EBENE DAFÜR EINTRETEN,
DASS PUSH-BACKS IM
MITTELMEER UND AUF DEM
BALKAN ALS VERBRECHEN
EINGESTUFT, VERFOLGT UND
GEAHNDET WERDEN.

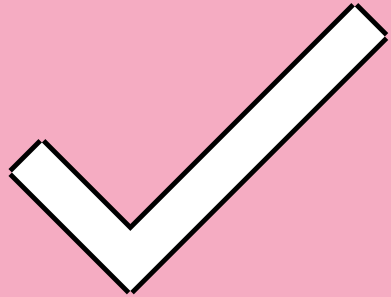
POSITION DER CDU / CSU



* "Die EU muss an ihren Außengrenzen einwandfreie Verfahren gegenüber den Menschen gewährleisten. Dabei ist für uns ist selbstverständlich, dass es keine illegalen Push-Backs geben darf. Alle EU-Mitgliedstaaten haben rechtsstaatliche Sicherheit und menschenwürdige Unterbringung der Geflüchteten zu garantieren. Daher unterstützen wir die Aussetzung von Hilfszahlungen für die griechische Küstenwache durch die Europäische Kommission, bis die Einhaltung der Grundrechte dort untersucht und sichergestellt wird."

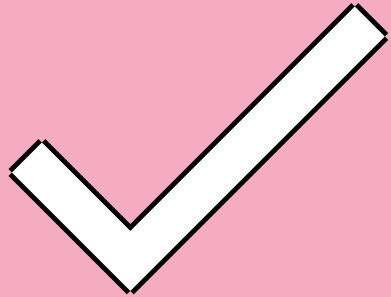
* Die Partei hat mit "neutral" geantwortet - dies war als Antwort nicht zulässig. Wir konnten auf keine vollumfängliche Zustimmung schließen.

POSITION DER SPD



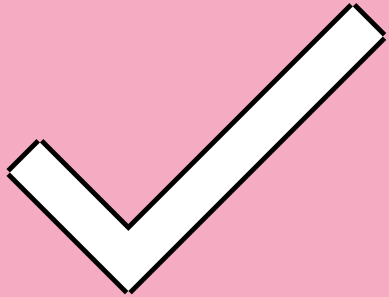
"Verfehlungen bei der Einhaltung des europäischen wie internationalen Flüchtlingsrechts müssen streng geahndet werden. Sollten diese vorsätzlich erfolgen, so sind sie entsprechend mit zusätzlicher Schärfe zu begegnen. Ab wann schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen wie Push-Backs vorliegen darf kein Graubereich sein. Für den nötigen Informationsaustausch und die Koordinierung gemeinsamer Aktionen zur Grenzüberwachung sind klare Regeln und ein gemeinsames Verständnis dieser Regeln erforderlich."

POSITION DER GRÜNEN



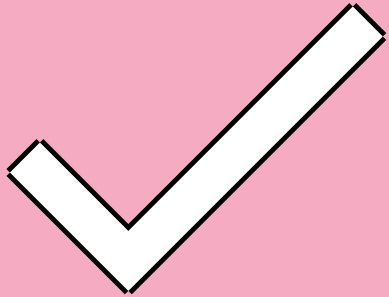
"Das völker- und europarechtlich verbrieftete Nichtzurückweisungsgebot gilt immer und überall. Pushbacks, von nationalen Grenzpolizeien oder Frontex begangen, müssen daher rechtlich und politisch geahndet werden. Das staatliche und zivilgesellschaftliche Menschenrechtsmonitoring, vor allem durch die EU-Grundrechteagentur, wollen wir GRÜNE ausbauen. Es bedarf einer engen parlamentarischen Kontrolle von Frontex-Einsätzen sowie einer systematischen Menschenrechtsbeobachtung vor Ort."

POSITION DER LINKEN



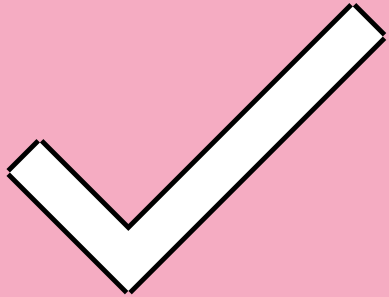
"Push-Backs sind völker- und menschenrechtswidrig und verstoßen gegen EU-Recht. Sie gefährden Leib und Leben der Betroffenen und setzen sie der Gefahr der unmenschlichen Behandlung aus. Dies müsste eigentlich bereits jetzt strafbar sein, erschreckenderweise gibt es jedoch kaum vernehmbare Kritik der EU-Kommission oder anderer Mitgliedstaaten an solchen push-back-Praktiken, die einfach geleugnet werden. Es darf keine Kultur der Straflosigkeit bei Verbrechen gegen Schutzsuchende geben!"

POSITION DER FREIEN WÄHLER



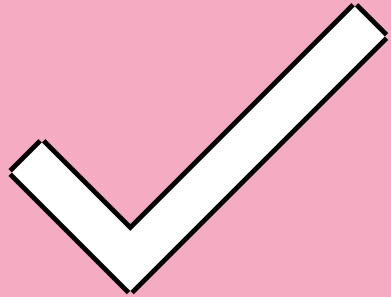
"Die Grenzschutzagentur Frontex braucht mehr Personal und weitreichendere Kompetenzen, muss aber auch regelmäßig öffentlich Bericht erstatten über ihr Vorgehen, die Situation vor Ort und mögliche Menschenrechtsverletzungen. Illegale Push-Backs sind nicht zu akzeptieren."

POSITION DER TIERSCHUTZPARTEI



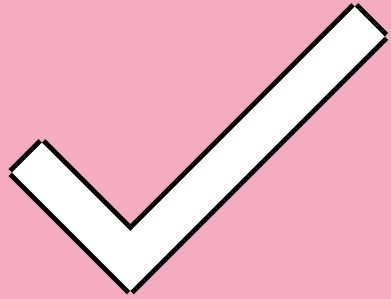
"Push-Backs verstoßen gegen das Völkerrecht und müssen unbedingt konsequent verboten und sanktioniert werden. Recht auf Asyl bedeutet, dass jede:r flüchten und in einem anderen Land einen Asylantrag stellen kann. Erst wenn dieser abgelehnt wird, darf der Mensch abgeschoben werden, nicht vorher. Eine Gruppe Geflüchteter im Mittelmeer pauschal zur Umkehr zu zwingen, widerspricht dem massiv."

POSITION DER PIRATEN



"Statt die Abriegelung Europas weiter voranzutreiben, muss die EU Maßnahmen zur sicheren Grenzüberquerung von flüchtenden Menschen, besonders auf den Meeren vor Europa, treffen, um diesen die Möglichkeit zu geben, einen Antrag auf Asyl zu stellen. Die völkerrechtswidrigen Praktiken der EU-Agentur für Grenz- und Küstenschutz (ehemals als Frontex bekannt) sind Ausdruck einer menschenverachtenden Ausgrenzungspolitik der Europäischen Union."

POSITION VON VOLT

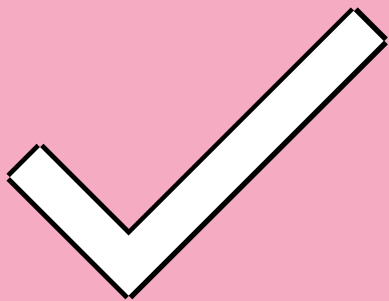


"Wir wollen, dass illegale Push-Backs, also das Zurückdrängen von Menschen an den Grenzen, gestoppt und rechtlich bestraft werden."

ANDERE POSITIONEN

Die Urbane:

"Andernfalls rücken wir das Verbrechen, welches es ist, nicht in den Vordergrund."



ÖDP*

FDP **



Partei für Gesundheitsforschung***

* Die Partei hat keine Begründung für ihre Antwort gegeben.

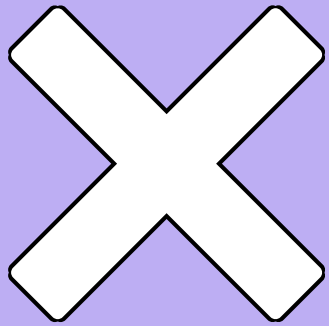
** Die Partei hat sich zurückgemeldet, aber keine Antwort auf diese Frage gegeben. Wir haben die Position daher im Wahlprogramm recherchiert.

*** Die Partei ist monothematisch ausgerichtet.

PROGRESSOMASCHINE

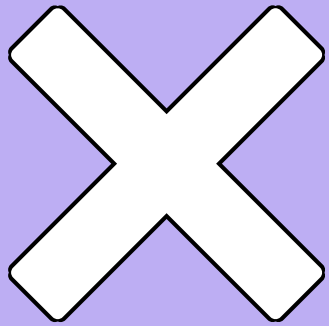
DEUTSCHLAND SOLL
DIE BETEILIGUNG AN
ALLEN FRONTEX- UND
EUNAVFOR MED-
EINSÄTZEN BEENDEN.

POSITION DER CDU/CSU



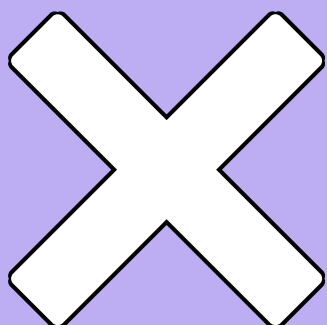
"Wir befürworten die Einsätze von Frontex und EUNAVFOR MED. Denn sie schützen die EU-Außengrenzen und stabilisieren die EU-Grenzregionen. Deshalb wollen wir die Europäische Grenzschutzagentur FRONTEX zu einer echten Grenzpolizei und Küstenwache mit hoheitlichen Befugnissen ausbauen sowie ihre personellen Kapazitäten deutlich aufstocken."

POSITION DER SPD



"Grundsätzlich unterstützen wir die Grenzschutzagentur FRONTEX und wollen sie weiter rechtsstaatlich ausbauen. Eine Verwicklung der Agentur in Rechtsverstöße darf es nicht geben und Vorwürfe müssen weiter aufgeklärt werden. FRONTEX soll künftig stärker auch Rechtsverstöße wie illegale Pushbacks der nationalen Küstenwachen unterbinden. Die Arbeit von FRONTEX soll durch ein unabhängiges Monitoring und die Einrichtung einer Beschwerdestelle verbessert werden."

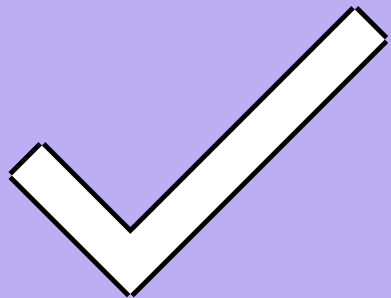
POSITION DER GRÜNEN



"Für uns ist das Mandat von EUNAVFOR MED IRINI in der vorgelegten Form nicht zustimmungsfähig. Wir GRÜNE kritisieren, dass der grundsätzlich sinnvolle Auftrag einer effektiven Kontrolle des VN-Waffenembargos gegen Libyen in der Praxis - z.B. gegenüber der Türkei - nicht gelingt. Hochproblematisch ist zudem, dass die Mission gezielt so angelegt und zugeschnitten wurde, um in Seenot geratenen Menschen aus dem Weg zu gehen. Ein weiterer Grund, dem Mandat nicht zuzustimmen war für uns auch die Mandatierung zur Ausbildung der libyschen Küstenwache.

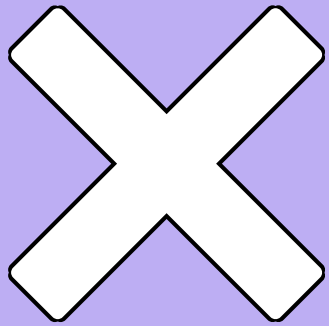
Zu Frontex siehe Antwort auf Frage 7 [gemeint ist die Antwort zum Thema Push-Backs]."

POSITION DER LINKEN



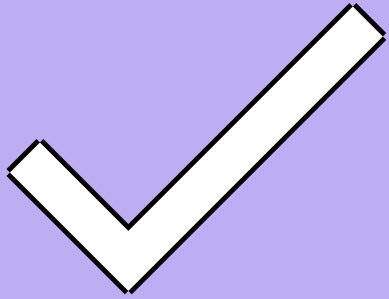
"DIE LINKE. will FRONTEX auflösen und durch ein ziviles EU-Seenotrettungsprogramm ersetzen. FRONTEX organisiert und perfektioniert die Abschottung der EU vor Schutzsuchenden genauso wie Sammelabschiebungen von abgelehnten Flüchtlingen – das lehnen wir ab. Die (zumindest indirekte) Beteiligung von FRONTEX an illegalen push-backs, etwa in der Ägäis, hätte zum sofortigen Rückzug deutscher BeamtInnen aus diesen FRONTEX-Einsätzen führen müssen."

POSITION DER FREIEN WÄHLER



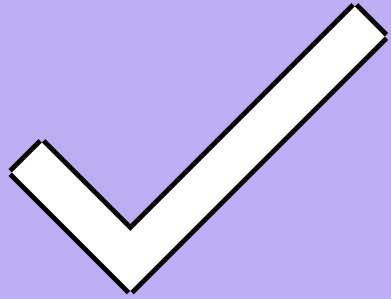
"Die Grenzschutzagentur Frontex braucht mehr Personal und weitreichendere Kompetenzen, muss aber auch regelmäßig öffentlich Bericht erstatten über ihr Vorgehen, die Situation vor Ort und mögliche Menschenrechtsverletzungen. Illegale Push- Backs sind nicht zu akzeptieren."

POSITION DER TIERSCHUTZPARTEI



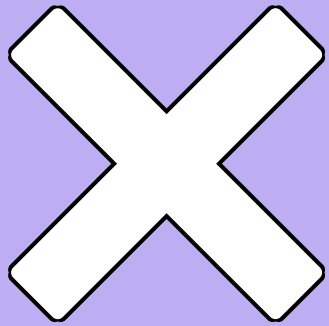
"Deutschland sollte die Beteiligung an all den Einsätzen stoppen, die Geflüchtete nur abwehren wollen, anstatt ihnen wirklich zu helfen. Leider gilt das wohl für die Einsätze von Frontex und EUNAVFOR MED. Wichtig sind stattdessen Einsätze zur Seenotrettung von staatlicher Seite – das schließt die Strafverfolgung von Schmuggler:innen nicht aus."

POSITION DER PIRATEN



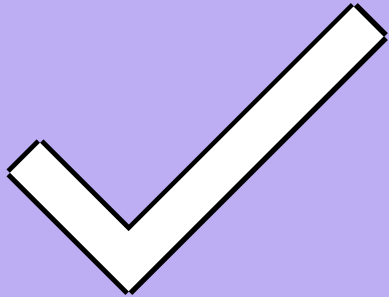
"Die völkerrechtswidrigen Praktiken der EU-Agentur für Grenz- und Küstenschutz (ehemals als Frontex bekannt) sind Ausdruck einer menschenverachtenden Ausgrenzungspolitik der Europäischen Union. Wir fordern daher deren Abschaffung und den Rückzug Deutschlands aus dem Projekt."

POSITION VON VOLT



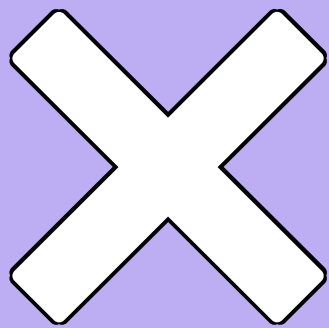
"Die letzten Jahre haben gezeigt, dass einzelne Mitgliedstaaten beim Schutz der EU-Außengrenze überfordert sind – auch bei Unterstützung durch Frontex. Volt will die EU für den Grenzschutz verantwortlich machen. Frontex und die nationalen Grenzschutzkräfte sollen in einer neu zu schaffenden europäischen Organisation aufgehen. Diese soll über eigenes Personal verfügen und unabhängig von den heutigen Nationalstaaten sein."

ANDERE POSITIONEN



Die Urbane:

"Wir spielen hier kein Brettspiel wo wir so mit Menschenleben umgehen."



ÖDP*

FDP **



Partei für Gesundheitsforschung***

* Die Partei hat keine Begründung für ihre Antwort gegeben.

** Die Partei hat sich zurückgemeldet, aber keine Antwort auf diese Frage gegeben. Wir haben die Position daher im Wahlprogramm recherchiert.

*** Die Partei ist monothematisch ausgerichtet.